

TUM und LMU:

Allianz für Spitzenstellung in Forschung und Lehre

Die beiden Münchener Landesuniversitäten werden ihre erfolgreichen Forschungskoperationen verstärken und vor allem auch auf die Lehre ausdehnen. Das geht aus dem am 1. August 2005 von Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel, TUM-Präsident Prof. Wolfgang A. Herrmann und LMU-Rektor Prof. Bernd Huber unterzeichneten Vertrag hervor.

Namentlich für die Naturwissenschaften, die Mathematik und die Wirtschaftswissenschaften verständigten sich das Wissenschafts-

ministerium und die beiden Spitzenuniversitäten auf eine gemeinsame Strukturplanung, eine abgestimmte Berufungspolitik, die Einrichtung von Studiengängen mit gemeinsamen Studien- und Prüfungsordnungen und die Schaffung zeitgemäßer gemeinsamer Organisationsstrukturen, zum Beispiel »Gra-

Einer für alle - alle für einen (v.l.): Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel, TUM-Präsident Prof. Wolfgang A. Herrmann und LMU-Rektor Prof. Bernd Huber besiegeln den Kooperationsvertrag zur Stärkung der Spitzenstellung des Universitätsstandorts München mit einem kräftigen Händedruck.
Foto:
Marcus Schlaf



duate Schools« und eine »Munich School of Economics«. Das Wissenschaftsministerium verzichtet im Gegenzug auf die Einzelgenehmi-

gung von Lehrstuhlbesetzungen, da künftig langfristige gemeinsame Strukturkonzepte vorliegen werden.

Für TUM-Präsident Herrmann, der die enge Kooperation von TUM und LMU seit langem fordert, resultieren hieraus große Verstärkungseffekte zwischen den beiden

Münchener Spitzenuniversitäten. »Wenn wir im Geiste des Vertrags handeln, ist München als Wissenschaftsplatz europaweit unschlagbar und kann es mit Zentren wie der kalifornischen Bay-Area auf vielen Gebieten aufnehmen. Aus internationaler Sicht werden wir von Weihenstephan über Garching nach München als gemeinsamer Standort mit Tradition und Stärke wahrgenommen.« Herrmann wertet die Vereinbarung als »wichtigen Schritt in der Bewusstseinsbildung, dass die Münchener Universitäten nur in gemeinsamer Aufstellung dem internationalen Wettbewerb standhalten«. Für die nahe Zukunft sieht er auch die Universität der Bundeswehr Mün-

Medienecho

»Goppel lobte die Vereinbarung als bahnbrechend: »Das ist wie das Einlaufen der Queen Mary in den Hafen von Hamburg, bei besonders großen Schiffen gibt es immer Feuerwerk«...«

dpa, 1.8.2005

»LMU, TU und die zahlreichen Forschungseinrichtungen in München sind nach Einschätzung der Mittelstraß-Kommission ein herausragendes Wissenschaftszentrum in Deutschland, das allenfalls mit Berlin vergleichbar ist.«

Straubinger Tagblatt, 2.8.2005

»Besonders glücklich sind die beiden Uni-Bosse darüber, dass München als Wissenschaftsstandort durch die geplante Kooperation »europaweit unschlagbar« werde.«

AZ, 2.8.2005

chen in dieser Allianz. Das Kooperationsmodell habe sich bewährt, wie allein das Beispiel der 13 gemeinsamen Lehrstühle der TUM mit der Gesellschaft für Umwelt und Gesundheit (GSF) in Neuherberg zeige.

Künftig ist das Studium in München unkompliziert: Die Studienpläne der beiden Universitäten werden aufeinander abgestimmt, alle Lehr- und Prüfungsleistungen gegenseitig anerkannt. Vorbilder sind die gemeinsame Mediziner-Grundausbildung, die Bioinformatik und die Geowissenschaften. »Damit schaffen wir in Deutschland eine konkurrenzlose Situation«, so der TUM-Präsident. Mit der Fortsetzung ihrer Politik der inhaltlichen Profilbildung werde die TU München sicherstellen, dass ihre Spitzenposition in den bundesdeutschen Rankings erhalten bleibt.

red

Medienecho

»Das Marketing der deutschen Hochschulen ist unterentwickelt. Diese Einschätzung teilen fast drei Viertel aller Pressechefs von Hochschulen, die von der Berliner Agentur Publicis befragt wurden. Die Ergebnisse der Umfrage wurden Mitte September auf einem Kongress zur Hochschul-PR in Paderborn vorgestellt. Die Universitäten in Aachen, München (TU) und Heidelberg wurden als beste Hochschulmarken gewählt.«

duz MAGAZIN, 23.9.2005

TUM-Präsident Wolfgang A. Herrmann zur Forschung*

Was der Bund tun muss

Wenn man der neuen Bundesregierung ein bildungs- und forschungspolitisches Prinzip mit auf den Weg geben darf, dann heißt es: Wettbewerb! Der wettbewerbliche Föderalismus hat seinen Kern in der Kulturhoheit der Länder, die für ihre Schulen und Hochschulen verantwortlich sind.

Was also soll der Bund? Er muss international wettbewerbsfähige Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik leisten. Dazu muss er:

- ein modernes Stiftungssteuerrecht schaffen, das privates Geld in die Hochschulen bringt;
- die Studienförderung neu ordnen, was Rückwirkungen auf das Steuerrecht hat;
- in den Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen die Bildung kritischer Massen auf den wissenschaftlichen Zukunftsthemen fördern;
- den Wettbewerb zwischen den Universitäten, aber auch die Allianzbildung zwischen den stärksten Universitäten vorantreiben;
- in der Internationalisierung der Hochschulen durch wettbewerbliche Gewinnung der besten Köpfe aus aller Welt rasch aufholen; hierzu gehören auch deutsche Hochschulgründungen im Ausland;
- die Hochschulen aus dem wettbewerbsfeindlichen Tarifrecht entlassen, damit nach Leistung bezahlt werden kann;
- ein flexibles, wissenschaftsorientiertes Arbeitsrecht schaffen;
- einen neuen Rechtsrahmen für die Bio- und Gentechnologie schaffen, um auch hier die besten Forscher in Deutschland zu versammeln;
- auf das wettbewerbsfeindliche Hochschulrahmengesetz (HRG) komplett verzichten.

Forderungen ohne Zuständigkeit können sich die Bundespolitiker sparen (z.B. Hochschulautonomie, Studentenauswahl). Vielmehr sollen sie sagen, wann und wie die zusätzliche jährliche Forschungsmilliarde und der 3%-Forschungsanteil am Bruttoinlandsprodukt aufgebracht werden. Beides unstrittige Ziele.

Wissenschaft, Forschung und Technologie brauchen im globalen Wettbewerb politische Verantwortungsträger mit Fachkompetenz, Mut und Weltläufigkeit. Damit uns die Chinesen und Inder auch morgen noch als Land der Naturwissenschaftler und Ingenieure bewundern müssen!

* Abendzeitung, 3./4. September 2005